

KAPITEL 1

Wilhelm Kempf

Manipulierte Wirklichkeiten

Psychologische Studien über den Krieg konzentrieren sich hauptsächlich auf zwei Gebiete: die einen sind darauf ausgerichtet, die Effizienz militärischer Aktionen zu verbessern, indem sie sich auf jene Faktoren konzentrieren, die dem Kriegserfolg dienen (was man »psychologische Kriegsführung« nennt); die anderen konzentrieren sich auf die psychologischen Kriegsfolgen und sind auf Prävention und Therapie ausgerichtet. Gleichwohl gibt es einen weiteren Aspekt des Krieges, der von großer Wichtigkeit ist und von Sozialpsychologen untersucht werden sollte: die Art, wie er alles Soziale unter seine Definitionsmacht bringt".

Ignacio Martín-Baró (1991, S.34).

Nicht nur Medienkonsumenten, auch Redakteure und Journalisten fanden sich während des Golfkrieges in einem "Mediengefängnis" (Kunczik, 1990, S.78) wieder, in dem sich mensch "vollkommen eingenebelt" fühlte und nicht mehr wußte, "wo es lang ging" (Ludes & Schütte, 1991a, S.20). Sie machten die Erfahrung des Ausgeliefertseins an den Umstand, trotz aller Versuche und Bemühungen keine Informationen über die tatsächlichen Hintergründe und Ereignisse während des Golfkriegs zu erhalten.

Schon die Kriege "niedriger Intensität", wie sie von den USA während der 80er-Jahre in Zentralamerika geführt worden waren, waren von einem massiven Propagandafeldzug gegen die kritische Öffentlichkeit begleitet gewesen, welche sich Reagans Kriegspolitik in den USA und Europa entgegenzustellen drohte. Indem die USA dabei ihre eigene Bevölkerung zum Zielobjekt psychologischer Kriegsführung machte, zeigte sich, daß selbst der Krieg "niedriger Intensität" in Wahrheit ein totaler Krieg ist, dem sich niemand entziehen kann, und der weltweit geführt wird (vgl. Kempf, 1990).

Diese Universalität des Krieges verschärfte sich noch, als mit der US-Intervention in Panama der Übergang zu einer neuen Militärdoktrin eingeleitet wurde: zum Krieg "mittlerer Intensität", wie er im Golfkrieg erstmals voll zur Anwendung kam.

Kernstück dieser neuen Doktrin ist die Überzeugung, daß die USA ihren Supermachtstatus nur erhalten können, wenn sie die Fähigkeit besitzen, jede beliebige Macht herauszufordern und zu besiegen, die den Zugang der USA zu kritischen Interessenzonen bedroht:

"Unser politischer und militärischer Status als Supermacht hängt ab von unserer Fähigkeit, im Wettbewerb auf den existierenden und auf sich entwickelnden Märkten mitzuhalten, sowie von unserem ungehinderten Zugang (...) zu den für unsere Industrieproduktion benötigten Ressourcen." Um diesen sicherzustellen, "brauchen wir im Rahmen unserer einsatzbereiten Streitkräftestruktur ein glaubwürdiges Potential militärischer Machtprojektion, das fle-

xibel genug ist, auf Auseinandersetzungen jeder Art im weltweiten Spektrum gewaltsamer Konflikte zu antworten".¹

Die damit verbundene Zunahme direkter militärischer Gewaltanwendung gegen einen äußeren "Feind" kann nur um den Preis einer verschärften psychologischen Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt werden. Hauptelemente der psychologischen Einflußnahme, sind Desinformation bzw. Informationsverweigerung, Maßnahmen der psychologischen Destabilisierung, sowie Maßnahmen zur Polarisierung der Bevölkerung.

1. Informationsverweigerung und Desinformation

In der Golfkrise begann die Desinformationskampagne nicht erst mit Inkrafttreten der Zensurbestimmungen Mitte Januar 1991. Die US-Regierung hat bereits in Vorbereitung auf den Krieg maßgebliche Informationen durch Zensur und Propaganda eingestellt. Z.B. indem sie die Legende von der riesigen Militärmacht des Irak ausstreute, der über eine Million schlachterprobter Soldaten verfüge und damit den ganzen Nahen Osten bedrohe.

Während der alliierten Landoffensive zeigte sich dann, daß die angebliche irakische Supermacht alles andere war als eine mächtige Kriegsmaschine (vgl. Ege, 1992, S.1367).

Auch fand sich schon lange im Vorfeld des Krieges in der Berichterstattung der Massenmedien eine weitestgehende Vorenthaltung aller Sachinformationen über Konfliktursachen und Konfliktgenese, die zur Besetzung Kuwaits durch den Irak geführt hatten. Nur so konnte das Bild entstehen: "Der Krieg beginnt - gleichsam aus heiterem Himmel - durch den 'Überfall' eines 'Irren' auf ein Nachbarland".

Andere Informationen, die von den meisten Medien bisher - d.h. solange Saddam Hussein als Verbündeter des Westens gelten konnte - "nicht dramatisiert" wurden, wie Waffenlieferungen an den Irak oder die irakischen Giftgaseinsätze gegen die kurdische Bevölkerung nach Ende des iran-irakischen Krieges wurden für die Medien jetzt zum Thema. So entstand das Bild: "Der Irre besitzt Massenvernichtungswaffen und ist bereit, diese auch einzusetzen". Und die logische Folgerung: "Er muß gestoppt werden, bevor die ganze Welt in Flammen steht".

Zudem war der Golfkrieg der erste Krieg, in dem eine Public Relations-Firma in den USA für teures Geld Propaganda für einen ausländischen Klienten machte, um die Kriegsbereitschaft der Amerikaner zu schüren. Die kuwaitische Regierung zahlte der Public Relations-Firma Hill & Knowlton mehr als 10 Mio. US\$, um Informationen über irakische Grausamkeiten in Kuwait fernsehgerecht aufzubereiten. Das allermeiste, was die US-Öffentlichkeit vor Beginn des Luftkrieges aus Kuwait zu sehen bekam, stammte von Hill & Knowlton. Mit den Tatsachen hatte es oft wenig zu tun. So

¹ General A.M. Gray, Kommandeur des US-Marinecorps in Marine Corps Gazette vom Mai 1990, zit.n. Klare (1991, S. 324).

wurde z.B. das Video einer friedlichen Demonstration in Kuwait so geschnitten, daß es aussah, als hätten irakische Soldaten in die Menge geschossen.²

Ihren spekulärsten Erfolg hatte die Firma, als eine fünfzehnjährige Kuwaiteerin unter Tränen vor einem Kongreßausschuß aussagte, sie habe gesehen, wie irakische Soldaten fünfzehn Babies aus Brutkästen gerissen hätten. Die Brutkastengeschichte hatte enorme Wirkung. Mehrere Senatoren nannten sie als Beweggrund ihrer Stimmabgabe für eine Kriegsresolution.

Wie John MacArthur in der New York Times vom 6.1.1992 (zit. n. Ege, 1992, S.1371) aufdeckte, war die fünfzehnjährige Zeugin, Nayirah, deren Nachname angeblich nicht bekanntgegeben worden war, "um ihre Familie zu schützen", in Wahrheit die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA und ihre Geschichte so nicht richtig.³

Selbst ein Bericht der internationalen Detektei Kroll Associates, die 1992 von der kuwaitischen Regierung angeheuert wurde, um Beweise für Nayirahs Geschichte zu finden, nachdem ihre Glaubwürdigkeit von mehreren Journalisten in Frage gestellt worden war, bestätigte, daß Nayirah ganz einfach nicht gesehen hatte, wofür sie sich als Augenzeugin ausgab, und die Menschenrechtsorganisation "Middle East Watch" hat Nayirahs Geschichte anhand von Interviews mit kuwaitischen Ärzten und Friedhofswärtern weitgehend widerlegt.⁴

Durch selektive und manipulierte Informationsvorgaben wurde innerhalb kürzester Zeit ein Feindbild geschaffen, mit den grundlegenden Strukturmerkmalen der gleichzeitigen Minderwertigkeit und Gefährlichkeit des Gegners.⁵

Die Strukturübereinstimmung dieses neuen Feindbildes mit allen anderen, schon bekannten und vertrauten Feindbildern kommt dem Bedürfnis des Alltagsbewußtseins entgegen, jede qualitative Umformung des Bewußtseinshorizontes zu vermeiden, indem es Unbekanntes auf (scheinbar) Bekanntes reduziert, und die Desiderate alter Erfahrungen auf neue Situationen überträgt (Leithäuser & Volmerg, 1977). Diese naturwüchsigen Übertragungsvorgänge wurden durch publizierte Übertragungsangebote verstärkt und gesteuert. Hierher gehörte die Gleichsetzung Saddam Husseins mit Hitler durch Politpoeten wie Wolf Biermann (in der Zeit) und Hans Magnus Enzensberger (im Spiegel) ebenso,⁶ wie die historisch falsche

2 Morgan Strong, Portions of the Gulf War were brought to you by... the folks at Hill and Knowlton, in TV Guide vom 22.2.1992, zit.n. Ege (1992, S.1370).

3 Vgl. hierzu auch Werth (1992), sowie MacArthur (1993), der eine sehr ausführliche Schilderung der Vorfälle gibt.

4 Middle East Watch, Kuwait's 'Stolen' Incubators: The Widespread Repercussions of a Murky Incident", New York, 2.6.1992, zit.n. Ege (1992, S.1371).

5 Zu einer detaillierten Analyse der Feindbildkonstruktionen, ihrer Wirkung auf die Rezipienten und ihrer Nutzbarmachung für die Eskalation der Kriegsziele siehe Kapitel 4, 5 und 6.

6 Tatsächlich wurde der Hitler-Vergleich von Biermann und Enzensberger nicht in die Welt gesetzt, sondern lediglich aufgegriffen.

(vgl. Niedhart, 1991) Gleichsetzung von Pazifismus mit Appeasement-Politik, die dann womöglich noch mit einer Warnung vor "Einäugigkeit und ahistorische(r) Betrachtungsweise" verbunden wurde, durch welche "das berechnete, ja notwendige Infragestellen des Kriegs, die Forderung nach einem friedlichen Zusammenleben der Völker (...) "nicht entwertet" werden dürfe.⁷

Gerade der Diskurs um die Frage, ob im konkreten Fall des Golfkonfliktes ein militärischer Konfliktaustrag unvermeidbar bzw. gerechtfertigt war, wurde dadurch de facto nicht geführt. In den Auseinandersetzungen über diese Frage kam der Golfkonflikt gar nicht vor, da er durch Bilder wie die oben genannten aus dem Diskurs verdrängt wurde, die als Ersatz für die Realitätswahrnehmung ergriffen wurden.

Mit Beginn der Kriegshandlungen setzte dann eine reine Kriegsberichterstattung ein, die nicht nur Kriegsursachen und Kriegsziele weiterhin im Dunklen ließ, sondern auch so gut wie keine Informationen über Kriegsverlauf und Kriegsoffer bot. Zugleich wurde der Eindruck vermittelt, mensch könne den Krieg am Fernsehschirm live miterleben.

Meldungen wie die, daß die Alliierten bereits während der ersten drei Stunden des Angriffes auf den Irak 18 000 Tonnen Bomben abgeworfen hatten, wurden rein "technisch" abgehandelt: um Vertrauen in die Kriegsmaschinerie zu wecken. Die damit angerichteten Verheerungen kamen nicht ins Bild. Lediglich ein Video, welches die Präzision demonstrieren sollte, mit welcher die alliierten Kampfflugzeuge ihre Ziele treffen, wurde wieder und wieder gezeigt.

Zugleich wurden die Medien gezielt manipuliert, um Bagdad über die wahren militärischen Absichten der USA und ihrer Verbündeten zu täuschen und zu falschen strategischen Schlüssen zu verleiten: vor allem bei der Vorbereitung der Landoffensive konnte durch gezielte Desinformation der Ein-

Erstmals verwendet worden war der Hitler-Vergleich bereits in einem kanadischen Dokumentarfilm über den Iran, der im Januar 1987 von PBS gesendet wurde. Dort sagte ein iranischer Politiker über Saddam Hussein: "Er hat Verbrechen begangen, die nichteinmal Hitler begangen hat" (zit.n. MacArthur, 1993, S.84). Solange nur der Iran als Opfer Saddam Husseins wahrgenommen wurde, blieb der Hitler-Vergleich in den tonangebenden amerikanischen Blättern weitgehend unbeachtet. Dies änderte sich erst, als die New York Times am 5. April 1990 die Öffentlichkeit mit der Vorstellung alarmierte, daß Saddam Hussein "die Juden in Israel auslöschen und den nahen Osten beherrschen möchte".

Am 24. August 1990 formulierte William Safire, früherer Presseagent und Redenschreiber unter Nixon, in der New York Times: "Falls es noch jemandem fraglich erschien, ob der Vergleich Saddam Husseins mit dem Aggressor und Massenmörder Adolf Hitler nicht vielleicht übertrieben sei, dem wurden gestern alle Zweifel ausgeräumt, als der irakische Diktator die Welt zur Entscheidung zwang". In einer Rede am 8. November 1990 wurde der Hitler-Vergleich schließlich von US-Präsident Bush (zit. n. MacArthur, 1993, S.83) aufgegriffen, indem er den irakischen Truppen "ungeheuerliche Akte der Barbarei" vorwarf, "die nichteinmal Adolf Hitler begangen hat".

7 So Wolfgang Bager im Leitartikel des Südkurier am 22.1.1991.

druck erweckt werden, daß ein amphibisches Landemanöver an der kuwaitischen Golfküste bevorstünde, während die alliierten Verbände sich tatsächlich an der westlichen Flanke der irakischen Armee formierten. Da Iraks Luftwaffe ausgeschaltet und die irakischen Fernmeldeeinrichtungen zerstört waren, konnten sich die Iraker nur über Rundfunkberichte ein Bild von den alliierten Aufmarschvorbereitungen machen und das Täuschungsmanöver nicht rechtzeitig erkennen.⁸

"Sorgfältig von den militärischen Informanten an die Kette gelegt, halfen die Medien den Irak zu täuschen und die öffentliche Zustimmung zu diesem Krieg zu stärken", beurteilte das Wall Street Journal⁹ die Rolle der Medien im Golfkrieg.

2. Psychologische Destabilisierung

Kontrolliert wurde die Kriegsberichterstattung durch einen Katalog von "Grundregeln", die nach längeren Verhandlungen mit Medienvertretern vom US-Verteidigungsministerium festgelegt und mit Datum vom 14. Januar veröffentlicht wurden¹⁰ und strenge Zensurvorschriften und Sprachregelungen enthielten, durch welche die zulässigen Informationen vage und inhaltsleer wurden. Aus der Berichterstattung ausgeschlossen wurden dadurch u.a. Informationen über:

- Truppenstärke, Waffensysteme und Ausrüstung etc. der alliierten Streitkräfte,
- geplante, aufgeschobene oder abgeblasene Operationen der alliierten Streitkräfte,
- den Standort der alliierten Streitkräfte,
- Details der Einsatzpläne,
- Geheimdienstaktivitäten einschließlich ihrer Ziele, Methoden und Ergebnisse,
- Truppenbewegungen der alliierten Truppen (mit Ausnahme solcher Informationen die von der Zensurbehörde freigegeben wurden),¹¹
- Identifikation der Ausgangsbasen, von denen aus Luftangriffe geflogen wurden,

8 General Schwarzkopf, Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, zit.n. Südkurier vom 2.3.1991, Frankfurter Rundschau vom 4.3.1991.

9 Zit. n. Südkurier vom 2.3.1991.

10 Operation Desert Shield Ground Rules, zit. n. epd/Kirche und Rundfunk, Nr. 6 vom 26.1.1991, S.26f; vgl. Anhang 3.

11 Ein Punkt, der später die Grundlage für die o.g. Täuschung des Iraks darstellte, es sei mit einem Landemanöver an der kuwaitischen Golfküste zu rechnen, während die tatsächlichen Aufmarschvorbereitungen der alliierten Truppen vom Irak unbemerkt blieben.

- Effektivität oder Ineffektivität der Tarnung, Täuschung, Zielsicherheit,¹² direkten und indirekten Beschusses, Informationsbeschaffung und Sicherheitsmaßnahmen.
- spezifische Angaben über vermißte oder abgeschossene bzw. versenkte Flugzeuge und Schiffe, solange noch Such- oder Rettungsaktionen in Gang sind,
- Methoden, Ausrüstung und Taktik von Spezialeinheiten,
- etc.

Außerdem wurden Richtlinien für die Nachrichtenmedien erlassen,¹³ wonach Journalisten die kämpfende Truppe nicht ohne Militäreskorte begleiten durften¹⁴ und sich mit "Pool-Berichten" begnügen mußten: zur Berichterstattung zugelassen waren nur wenige - fast ausschließlich US-amerikanische - Journalisten, deren Beiträge - nach Genehmigung durch die Zensurbehörde - allgemein zur Verfügung gestellt wurden.

Dadurch wurden authentische Berichte verhindert, wie sie im Vietnamkrieg die öffentliche Meinung maßgebend beeinflußt hatten, als Journalisten auf eigene Faust über das Grauen des Krieges berichtet hatten. Stattdessen wurden "schöne" Bilder erfolgreicher Bombardements gezeigt, die den Eindruck eines "sauberen" Krieges gegen Militäreinrichtungen vermittelten, "von dem die Bevölkerung ausgenommen ist".¹⁵

Umgekehrt wurden vergleichsweise geringe Schäden einzelner Raketenangriffe des Irak auf Israel als Terrorangriffe ins Bild gerückt: z.B. die Bombenschäden an der Turnhalle einer Schule in Tel Aviv.

Zweifel am Realitätsgehalt dieser Berichterstattung konnten sich allenfalls daran festmachen, daß immer wieder dieselben Bilder gezeigt werden, die aber (angeblich) jedesmal etwas anderes darstellen sollten.

Zweifel und Informationsmangel zusammen verunsicherten Öffentlichkeit wie Journalisten und versetzten sie in eine contraproduktive Double-Bind-Situation: gerade weil mensch merkte, daß er angelogen wurde, daß ihm Informationen vorenthalten wurden, so daß er sich kein Urteil bilden konnte, war er gezwungen denen zu glauben, die ihn belogen und die ihm Informationen vorenhielten, ja ggf. noch deren Lügen zu verteidigen, wo Zweifel aufkamen.

In der klinischen Psychologie wurde man auf solche "Doppelbindungen" zuerst als Ursache für die Entwicklung schizophrener Denkstörungen aufmerksam (Bateson et al., 1956). Definitionsmerkmale der Doppelbindung sind:

12 Im Gegensatz zu dem o.g. Video, welches einen Eindruck von der (angeblichen) Treffsicherheit der alliierten Luftangriffe geben sollte.

13 Guidelines for News Media, zit. n. epd/Kirche und Rundfunk, Nr. 6 vom 26.1.1991, S.27; vgl. Anhang 3.

14 D.h. daß sie auch nur an die Orte kamen, an die man sie führen wollte, und nur zu sehen bekamen, was man ihnen zeigen wollte.

15 Südkurier vom 22.1.1991.

1. Eine so intensive Beziehung zu einer anderen Person oder Institution, daß es besonders wichtig wird, deren Mitteilungen genau zu verstehen, um angemessen darauf reagieren zu können.
2. Diese Person oder Institution übermittelt mit ihrer Äußerung zwei widersprüchliche Botschaften.
3. Die betroffene Person kann zu den einander entgegengesetzten Botschaften weder Stellung beziehen, noch sich aus der Situation zurückziehen.

Im Fall der Golfkriegs-Berichterstattung war die Intensität der Beziehung zu den Medien schon allein durch deren Informationsmonopol gewährleistet. Indem diese sich jedoch den Zensurvorschriften unterwarfen, auf eigene Recherchen verzichteten und die zensierten Meldungen - zwar unter Hinweis auf den Tatbestand der Zensur - bereitwillig weiterverbreiteten, vermittelten sie zugleich die Botschaft, realitätshaltige Informationen zu liefern und die entgegengesetzte Botschaft, daß diese Informationen infolge der Zensur unglaubwürdig seien. Mangels unabhängiger Informationsquellen konnten die Medienkonsumenten dazu nicht Stellung beziehen, sich infolge der Allgegenwart des Krieges aber auch nicht aus der Situation zurückziehen (vgl. Kempf, 1991a).

Eine traurige Berühmtheit erlangte der systematische Einsatz von Doppelbindungen im Rahmen psychologischer Foltermethoden, vor allem in lateinamerikanischen Diktaturen während der 70er und 80er Jahre (vgl. Keller, 1981).

Infolge des Einsatzes von Doppelbindungen zum Zwecke der psychologischen Folter verfügen wir in der Psychologie über einige Studien, welche sich mit deren Langzeitwirkungen befassen.

Diese Studien zeigen, daß nicht wenige Folteropfer in ihrem Denken und ihren Wahrnehmungen dauerhaft von der Manipulation durch andere abhängig bleiben. Psychosoziale Traumata wie die - auch im Medienkrieg betriebene - Zerstörung der Bezugssysteme durch Doppelbindungen führen in einen Prozeß der Dehumanisierung (Samayoa, 1987), dessen Symptome im Rahmen der psychologischen Kriegsführung durchaus als beabsichtigt gelten können: selektive Unaufmerksamkeit und Festklammern an Vorurteilen, Absolutheitsansprüche und Idealisierungen, ausweichender Skeptizismus und paranoide Abwehrhaltungen welche u.a. die Fähigkeit klar zu denken beeinträchtigen und für das Leid anderer unempänglich machen.¹⁶

Als integraler Bestandteil der psychischen Destabilisierung durch Doppelbindungen wirkten auch die vertrauensbildenden Maßnahmen, mittels welcher die angebliche Objektivität der Berichterstattung über den Golfkrieg inszeniert wurde. So übertrug der US-amerikanische Nachrichtensender CNN (und mit ihm unzählige andere Fernsehsender - wie z.B. das schweizerische Fernsehen DRS - die das CNN-Programm an diesem Morgen live übernommen haben) wenige Stunden nach Kriegsbeginn eine Pressekonfe-

16 Zu den Auswirkungen der Doppelbindungen auf Informationsbedürfnis und Mediengebrauch während des Golfkrieges vgl. Kapitel 3.

renz Fidel Castros, in der dieser bemängelte, daß die Möglichkeiten einer nichtmilitärischen Konfliktbeilegung nicht ausgeschöpft worden seien, und auf die verheerenden Auswirkungen hinwies, welche der Krieg für die Länder der Dritten Welt nach sich ziehen werde.

Was auf den ersten Blick als beeindruckendes Beispiel einer objektiven und differenzierten Berichterstattung erscheint, die selbst den Erzfeind der USA zu Wort kommen läßt, gewinnt bei genauerer Betrachtung noch eine andere Bedeutung: daß nämlich für die Antikriegsbewegung zentrale Argumente dadurch diskreditiert wurden, daß es ausgerechnet Castro war, mit dem diese assoziiert wurden.

Wie experimentalpsychologische Studien bereits Anfang der 50er-Jahre gezeigt haben, erweisen sich dieselben Argumente für die Änderung von Einstellungen als wirkungsvoller, wenn sie von einem positiv bewerteten (glaubwürdigen) "Sender" kommen (Hovland & Weiss, 1951). Schon von daher gesehen, war es für die öffentliche Zustimmung zum Krieg durchaus funktional, zentrale (und ohnedies nicht verhinderbare) Argumente der Kriegsgegner zuerst durch Fidel Castro an die nordamerikanische Öffentlichkeit kommen zu lassen, zumal es bei einem negativ bewerteten (unglaubwürdigen) Sender zu einer Art Bumerangeffekt kommen kann: je stärker die Einstellungsänderung ist, die er verlangt, desto weniger erreicht er (Bergin, 1962). Einem Sender dieser Art gelingen höchstens kleine Einstellungsänderungen, sodaß wohl kaum die Gefahr bestand, Fidel Castro könnte die Bevölkerung der USA gegen den Krieg am Golf einnehmen. Daß die Argumente der Kriegsgegner (durch Fidel Castro) öffentlich vorgebracht wurden, dürfte stattdessen dazu beigetragen haben, die Zustimmung der Öffentlichkeit zu dem Krieg für die Argumentation der Anti-Kriegsbewegung weniger empfindlich zu machen: nach gut gesicherten experimentalpsychologischen Ergebnissen (vgl. Lumsdaine & Janis, 1953) sind auf "zweiseitigen Mitteilungen" basierende Einstellungen (bei deren Ausbildung die Gegenargumente schon vorweggenommen wurden) gegenüber späterer "Gegenpropaganda" widerstandsfähiger als "einseitige Mitteilungen", die nur die Pro-Argumente enthalten.

War die Doppelbindungs-Situation im Golfkrieg bereits durch den Widerspruch zwischen maßloser Medienpräsenz und lückenloser Zensur entstanden, so lassen sich Doppelbindungen in der Berichterstattung auch im einzelnen nachweisen: z.B. wenn Überschrift und Resümee eines Zeitungsartikels in krassem Widerspruch zu den dazwischen gegebenen Informationen stehen, so daß mensch nur entweder seiner eigenen Urteilsfähigkeit mißtrauen kann, oder seinen Informationsquellen - oder beidem, da ohne zuverlässige Informationsgrundlage auch keine kompetente Urteilsbildung möglich ist. Wie Palmbach & Kempf (1992) aufzeigen, sind solche Doppelbindungen jedoch nicht erst in der Berichterstattung über den Golfkrieg zu finden, sondern sie charakterisieren das allgemeine Informationsklima einer manipulativ entfalteten Öffentlichkeit, in der auch die Nachrichtensendungen des Fernsehens immer weniger Informationssendungen darstellen, als Vertrauen und Loyalität sichernde Rituale, welche die Ereignisse, von

denen sie berichten, im Spiel mit dramatischen Elementen und kulturellen Stereotypen umformulieren und an die Stelle eigener Erfahrungen mit der politischen Realität setzen.

3. Desinformation als Diskursform

Mitte Dezember 1990 reiste eine Delegation bundesdeutscher Hochschullehrer unter Leitung von Horst-Eberhard Richter nach Washington, um der US-Regierung eine von fünfhundert Wissenschaftlern unterzeichnete Resolution zu überreichen, in welcher diese die USA dringlich aufforderten, eine nicht-militärische Konfliktlösung am Golf anzustreben.¹⁷

Pünktlich zu Beginn der "Operation Wüstensturm" am 17. Januar 1991 erhielten die Unterzeichner der Resolution Antwort von Cornelius C. Walsh, dem Presseattaché der US-Botschaft in Bonn.¹⁸ Darin heißt es:

"Ich stimme mit Ihnen überein, daß eine friedliche Beilegung der Golfkrise höchste Priorität haben muß und meine, daß das bisherige internationale Engagement in der Golfkrise erkennen läßt, daß alle um eine friedliche, diplomatische und politische Lösung bemüht sind.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Resolutionen der Vereinten Nationen nicht von Öl, der Palästinenser-Frage oder anderen Punkten handeln. Vielmehr beziehen sie sich auf die Invasion Kuwaits, die brutale Behandlung seiner Menschen und die Zerstörung eines friedlichen Mitglieds der Vereinten Nationen, der Arabischen Liga und der blockfreien Staaten.

Am festen Willen fehlt es nicht. Seit über fünf Monaten versuchen die Vereinten Nationen, Saddam Hussein davon zu überzeugen, die Forderungen der Resolutionen zu erfüllen. Eine friedliche Lösung der Krise hängt also von der Einsicht Saddams ab. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden liegt in seinen Händen."

So zufriedenstellend diese Antwort auf den ersten Blick erscheinen mag, wird bei genauerem Hinsehen deutlich, daß es nicht nur die Zensurbestimmungen waren, welche die Öffentlichkeit - gleichsam als Nebenwirkung einer militärischen Notwendigkeit - in Doppelbindungen verwickelte. Um der Kriegspolitik zur Durchsetzung zu verhelfen, wurde die Zerstörung des Bezugssystems der Kriegsgegner durch widersprüchliche Informationen auch gezielt betrieben.

Tatsächlich hatten die USA nur die bedingungslose Kapitulation Saddams als Alternative zum Krieg offengelassen. Mit den Forderungen

- sofortiger Rückzug aus Kuwait,
- keine Verhandlungen, und
- keine Wahrung des Gesichtes für Saddam Hussein

hatten sie den Verzicht auf eine militärische Intervention von Bedingungen abhängig gemacht, von denen mit Sicherheit vorauszusehen war, daß sie von Saddam Hussein nicht erfüllt werden konnten. Wenn es jetzt hieß, daß alle (einschließlich USA) um eine friedliche, diplomatische und politische

17 Siehe Anhang 1.

18 Siehe Anhang 2.

Lösung bemüht seien, so konnte dies nur bedeuten, daß man schamlos belogen wurde - oder aber, daß man seinen eigenen Wahrnehmungen und seiner Urteilsfähigkeit nicht mehr trauen konnte.

Als noch widersprüchlicher erwiesen sich die Angaben zu den Zielen der USA, welche im Brief des Presseattachés so dargestellt werden, als ginge es ausschließlich darum, Saddam Hussein (notfalls mit militärischen Mitteln) davon zu überzeugen, die Forderungen der UN-Resolutionen zu erfüllen.

In krassem Widerspruch hierzu steht, daß sich führende US-Politiker bereits vor Beginn der Kampfhandlungen zu Kriegszielen bekannt haben, die weit über die Durchsetzung der UN-Resolutionen hinausgehen und den Einfluß der USA am Golf dauerhaft verstärken sollten.

So erklärte US-Präsident Bush Anfang Januar 1991 im "Public Broadcasting Service", daß die Wiederherstellung des Status Quo Ante (d.h. des Zustandes, wie er vor Besetzung Kuwaits war) für die USA "jedenfalls nicht akzeptabel" sei. Er forderte stattdessen vom Irak zu leistende Reparationszahlungen und Garantien, mittels welcher diese durchgesetzt werden könnten, sowie ein Verbleiben der Marines in der Golfregion auch nach Beendigung der Krise.¹⁹

Und während der Presseattaché der US-Botschaft daran erinnert, "daß die Resolutionen der Vereinten Nationen nicht von Öl, der Palästinenser-Frage oder anderen Punkten handeln", hatte US-Außenminister Baker bereits Mitte November 1990 das militärische Engagement der USA am Golf mit der Sorge der USA vor einer wirtschaftlichen Rezession und dem Verlust von Arbeitsplätzen begründet:

"Die ökonomische Lebensader der industriellen Welt kommt vom Golf und wir können einem Diktator nicht erlauben, auf dieser wirtschaftlichen Lebensader zu sitzen".

Und weiter:

"Um es auf das Niveau des normalen Amerikaners zu bringen, lassen Sie mich sagen: Es bedeutet Arbeitsplätze".²⁰

Der frühere US-Präsident Richard Nixon - wie Baker ein Befürworter des Golfkrieges - wurde wenige Tage vor Kriegsbeginn noch deutlicher. In der New York Times schrieb Nixon am Sonntag, den 6. Januar 1991,²¹ die USA kämpften am Golf nicht für die Demokratie, sondern für rein wirtschaftliche Interessen. Kuwait sei vor seiner Eroberung durch den Irak keine Demokratie gewesen und werde auch nach der Wiederherstellung der Herrschaft des Emirs keine Demokratie sein. Die USA könnten einen Sturz des Irakischen Staatsschefs Saddam Hussein auch nicht damit rechtfertigen, daß die irakischen Soldaten in Kuwait Menschen umgebracht, gefoltert oder vergewaltigt hätten. Denn (wörtlich):

"Wenn es unsere Politik wäre, grausame Führer zu bestrafen, dann wären wir nicht mit dem syrischen Staatspräsidenten Hafis el Assad verbündet. Dieser

19 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 3.1.1991.

20 US-Außenminister Baker, zit. n. Frankfurter Rundschau vom 15.11.1990.

21 Zit. n. Frankfurter Rundschau vom 8.1.1991.

hat in der Stadt Hama in seinem eigenen Land 20 000 unschuldige Menschen massakrieren lassen".

Als tatsächlichen Kriegsgrund führte Nixon - wie schon Baker - wirtschaftliche Interessen der USA an. Außerdem die strategische Bedeutung der Golfregion.

US-Präsident Bush selbst wiederum formulierte in seiner Rede an die Nation,²² etwa 20 Minuten nach Beginn der Luftangriffe auf den Irak Kriegsziele, die zwar ebenfalls weit über die Durchsetzung der UN-Resolutionen hinausgehen, im Unterschied zu den zitierten Aussagen von Baker und Nixon jedoch keine unmittelbaren ökonomischen Interessen der USA, sondern die (scheinbar) selbstlose Opferbereitschaft der USA herausstellen:

"Vor uns liegt die Chance, für uns und für zukünftige Generationen eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten von Nationen leitet."

4. Polarisierung der Bevölkerung

Nach Einschätzung von Philip Knightley diente das Nachrichtenmanagement am Golf hauptsächlich drei Zielen: dem Feind Informationen vorzuenthalten, Unterstützung für den Krieg zu schaffen und die öffentliche Meinung über die Bedeutung des Krieges grundlegend zu verändern:

"Der Golfkrieg ist schon jetzt zu einem wichtigen Krieg in der Geschichte der Zensur geworden. Er markiert den Versuch der Politiker und Militärs, die öffentliche Wahrnehmung über das Wesen des Krieges zu verändern" (zit.n. taz vom 23.3.1991).

In der Bundesrepublik, die am Golfkrieg zwar nicht militärisch aber propagandistisch und logistisch beteiligt war und die ihn zu einem erheblichen Teil mitfinanzierte, kam diesem letztgenannten Ziel eine besondere Bedeutung zu.

"Auf alle, die jetzt²³ mit sorgenvoll gefurchter Stirn über die Glaubwürdigkeit ihrer Verteidigungsplanspiele nachdachten, muß Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait und die von vorneherein auf Krieg angelegte Reaktion des Westens auf den irakischen Völkerrechtsbruch wie ein Befreiungsschlag gewirkt haben. Schlag doch jetzt wieder die Stunde der Militärs und jener militärgläubigen Politiker und Medienzaren, die schon immer Kriegsdienstverweigerer als Drückeberger und alle für Gewaltfreiheit in der Krisenbewältigung Eintretenden als Feiglinge diffamiert hatten.

Kann es da wundern, daß in der Euphorie des 'Wir sind wieder wer' von den Militäreнтуhiasten aller Couleur unverzüglich konkrete Vorstellungen entwickelt wurden, was alles an neuen Aufgaben der an Identitätszweifeln leidenden Bundeswehr zugeschrieben werden könnte..." (Bastian, 1991b, S. 14).²⁴

22 Zit. n. Frankfurter Rundschau vom 18.1.1991.

23 D.h. nach dem Ende des kalten Krieges.

24 Den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung setzte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (zit.n. Südkurier vom 17./18.9.93), der bei einer Rekrutenvereidigung in Roth öffentlich bekannte: "Die Bundeswehr als Interventionsarmee ist für mich kein Schimpf- sondern ein Ruhmestitel".

Tonangebende Politiker und Publizisten nutzten den Krieg "um die Debatte über die Neubegründung der Bundeswehr (...) und über den Krieg als Mittel der Politik in Gang zu setzen; Schulkinder, die zunächst noch massenhaft gegen den Krieg auf die Straße gingen, wurden als antiamerikanisch, antiisraelisch, antisemitisch usw. diffamiert, bis sie verstört zu Hause blieben (...). In einem besonders verlogenen Propagandafeldzug versuchte man uns einzureden, das Ausland habe kein Verständnis für deutschen Pazifismus" (Spoo, 1993, S.604).

Daß diese Propaganda Wirkung zeigte, läßt sich nicht nur an der Agonie ablesen, in welche weite Teile der Friedensbewegung seither verfallen sind, sondern vielleicht mehr noch an der Renaissance, welche deutscher Militarismus und Nationalismus unter dem Vorwand gewachsener Verantwortung heute erleben.

Daß die Golfkriegspropaganda diese Wirkung entfalten konnte, hat wesentlich damit zu tun, daß sie den Krieg als "im Namen der Menschenrechte und des Existenzrechts der Völker" (Narr & Vack, 1991, S.16f) verkaufte und damit die Lehren in Frage stellte, welche weite Teile der deutschen Bevölkerung aus den Verbrechen des Nationalsozialismus gezogen hatten. Durch die Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Adolf Hitler wurde die Formel "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus" auf den Kopf gestellt und zur Legitimation des Golfkrieges benutzt. Durch Aufstellen der gegenteiligen Parole "Nie wieder Faschismus, deswegen Krieg" wurde nicht nur die Angst geschürt, womöglich schon wieder vor der Geschichte zu versagen, sondern: mangels differenzierter Informationen über Konfliktursache und Konfliktgenese am Golf, aufgrund widersprüchlicher Äußerungen über die von den USA verfolgten Kriegsziele und infolge der Ausgrenzung nichtmilitärischer Konfliktlösungsversuche aus dem öffentlichen Diskurs wurde mensch auch effektiv an einer verantwortungsvollen Stellungnahme zu dem Krieg gehindert.²⁵

Gottschalk (1992, S.471f) berichtet über eine Meinungsumfrage, die im Februar 1991 "striking gaps" im Informationsstand der Amerikaner an den Tag brachte, sobald es um solche Informationen ging, die ein schlechtes Licht auf die US-Administration werfen könnten:

- nur 13% der Befragten wußten, daß die USA Saddam Hussein im Juli 1990 signalisiert hatten, daß sie sich nicht einmischen würden, wenn es im Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait zu Gewaltanwendung kommen sollte;²⁶
- 74% der Befragten meinten fälschlicherweise, daß die USA für diesen Fall Sanktionen angedroht hätten;
- obwohl Kuwaits Insistieren auf einer Reduktion des Ölpreises einen der am besten dokumentierten Gründe für die Invasion dargestellt hatte, erkannten nur 2% der Befragten darin ein Grund für Hussein's Aktion;

25 Vgl. Kapitel 3.

26 Vgl. hierzu Salinger & Laurent (1991, S.60ff).

- Während 53% der Befragten zustimmten, daß die Vereinigten Staaten militärische Gewalt anwenden sollten, um die Souveränität eines widerrechtlich besetzten Landes wiederherzustellen, wußten weniger als ein Drittel, daß Israel fremde Territorien besetzt hält.
- Grob 80% der Befragten antworteten dagegen korrekt auf die Frage nach dem Namen der Rakete (Patriot), die zum Abschuß der irakischen Scuds verwendet wurde, und wußten über den irakischen Chemiewafeneinsatz im iran-irakischen Krieg Bescheid.

Augrund dieser Ergebnisse kommt die Studie zu dem Schluß, daß die Öffentlichkeit nicht allgemein uninformiert, sondern selektiv fehlinformiert war. Am stärksten desinformiert zeigten sich dabei jene der Befragten, die vom Medium Fernsehen den meisten Gebrauch machten.²⁷

Darüber hinaus fand die Studie eine direkte Korrelation zwischen dem Informationsstand der Befragten und ihrer Einstellung zum Krieg: jene, die über die Geschichte der Region und über die Beziehungen des Irak zu den USA und zu Kuwait am besten Bescheid wußten, zeigten die geringste Unterstützung für eine militärische Gewaltanwendung.

Während die Fähigkeit zu einer eigenständigen Urteilsbildung durch Informationsmangel und psychische Destabilisierung bereits geschädigt war, wurde zugleich die Polarisierung der Öffentlichkeit betrieben und die Anti-Kriegsbewegung als Anti-USA-Bewegung, als Anti-Israel-Bewegung oder gar als Pro-Saddam-Bewegung denunziert.

So sah sich die Bundesregierung veranlaßt, im Zusammenhang mit den anhaltenden Demonstrationen gegen den Golfkrieg vor einer neuen Welle des Antiamerikanismus in Deutschland zu warnen. Es sei der Sache am Golf "absolut nicht angemessen", daß die Verantwortung für die Entwicklung am Golf von den Demonstranten den Amerikanern zugeschrieben werde,²⁸ und der Präsident des außenpolitischen Ausschusses der israelischen Knesset warf den deutschen Friedensdemonstranten vor, Saddam Hussein zu unterstützen.²⁹

Als ein wichtiges Mittel der Polarisierung diene dabei auch der Versuch, den Krieg als einen Krieg "der Vereinten Nationen" darzustellen, oder zumindest als einen Krieg, den die USA "im Auftrag der Vereinten Nationen" führten, während Äußerungen des UN-Generalsekretärs, die diese Darstellung zurückwiesen,³⁰ von den meisten Medien ebensowenig aufgegriffen wurden, wie die berechtigten Zweifel, ob die inzwischen verfolgten Kriegsziele überhaupt noch mit den UN-Resolutionen vereinbar waren.

27 Ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Desinformiertheit und Präferenz des Fernsehens als Informationsquelle zeigte sich auch in einer Untersuchung von Reimann & Kempf (1993), die den Informationsstand von Studierenden über Genfer Konvention und Völkerrechtsverletzungen während des Golfkrieges zum Gegenstand hatte (vgl. Kapitel 6).

28 Regierungssprecher Vogel, zit.n. Südkurier vom 22.1.1991.

29 Eliahu Ben Elissar, zit. n. Südkurier vom 22.1.1991.

30 Siehe Kapitel 8.

Selbst jene Politischen Gruppierungen, die gegen die Kriegspolitik aufzutreten schienen, vermochten in dieser Situation weder Sicherheit noch Rückhalt zu bieten. Teilweise, weil sie eh zu schwach waren, und andernteils, wie im Falle der SPD, weil sich gleichzeitig führende Identifikationsfiguren - wie etwa Willi Brandt - in Zeitungsanzeigen hinter den Krieg stellten.

Dadurch wurde die Marginalisierungsdrohung, welche mit der Polarisierung verbunden war, noch verschärft. Wer sich nicht hinter den Krieg stellte, sollte Gefahr laufen, sich am Rande der Gesellschaft wiederzufinden. Und zwar sowohl individuell, als auch kollektiv. So formulierte z.B. Gerd Appenzeller in einem Leitartikel des Südkurier vom 19.1.1991 die Verheißung an die Deutschen, bei einer Kriegsbeteiligung endlich aus ihrem angeblichen Abseits herauszukommen - bzw. die Drohung in solch ein Abseits zu geraten, wenn nicht:

"Die Deutschen werden ohnedies, wie auch immer, die Folgen des Golfkrieges noch in Punkten zu spüren bekommen, die schmerzen. Gegen die Annexion Kuwaits kämpfen inzwischen Briten, Franzosen, Niederländer, Italiener, Kanadier, Amerikaner. Deutschland steht, verfassungsbedingt korrekt, abseits. Aber wenn der Krieg (hoffentlich erfolgreich) vorbei ist, werden sich die, die ihn gegen den Aggressor gewannen, gegenseitig auf die Schultern klopfen, und auf jene herabschauen, die sich nicht engagierten".

Neben bewußten Zensur- und Täuschungsmaßnahmen und der Abhängigkeit der Berichterstattung von Journalistenpools war es vor allem die Unterschiedlichkeit der Adressaten, welche die Desinformationen nach sich zog. "So mußten Präsident Bushs Kriegsvorbereitungen gegenüber dem US-Kongreß, den westlichen und den arabischen Verbündeten, der UNO und gegenüber dem Irak unterschiedlich dargestellt und begründet werden. Erstens mußte Saddam eingeschüchtert, zweitens der Kongreß bei der Stange gehalten und drittens für eine einigermaßen breite Unterstützung in der Öffentlichkeit gesorgt werden" (Ludes & Schütte, 1991c, S.11).

In welchem Maße es dabei bereits im Vorfeld des Krieges gelungen war, mit je nach Adressat verschiedenen und einander (zumindest) teilweise widersprechenden Argumenten so etwas wie eine einheitliche Weltmeinung über den Irak zu kreieren, geht aus einer Untersuchung von Wilcox et al. (1993) hervor, die im Oktober 1990 eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Bürgern einer Anzahl von Weltstädten³¹ hinsichtlich ihrer Interpretation der Ereignisse, ihrer affektiven Reaktion gegenüber den Hauptakteuren und ihrer Wahrnehmung der Ziele der internationalen Gemeinschaft feststellte.

Zwar gingen die Auffassungen bezüglich eines militärischen Gewaltensatzes zu diesem Zeitpunkt noch deutlich auseinander, doch hatte die Unterstützung militärischer Aktionen in allen Ländern ziemlich ähnliche Einstellungsgrundlagen. Für die Vorhersage der Unterstützung, welche die befragten Personen zugunsten militärischer Aktionen äußerten, hatten diese

31 Brüssel, Frankfurt/M., London, Paris, Rom, Tokyo, Moskau, Tel Aviv, Ankara, Lagos und Mexico.

Einstellungen weit größeres Gewicht als ihre Herkunftstadt. Die Bewohner der untersuchten Städte waren in ihrer Einstellung gegenüber einer militärischen Intervention von den selben affektiven und kognitiven Faktoren bestimmt. Die Unterstützung militärischer Aktionen erwies sich als Funktion ihrer Affekte gegenüber den Hauptkriegsbeteiligten USA und Irak und war umso stärker, je mehr Bedeutung der Sicherung der Ölversorgung beigegeben wurde.

Die entscheidende Wende gelang den USA mit der Durchsetzung der UN-Resolution 678, durch welche der Weltsicherheitsrat eine militärische Intervention androhte und sich zugleich jedes weiteren Einflusses auf die Geschehnisse am Golf beraubte.³² Von nun an bestand für die USA keinerlei Notwendigkeit mehr, sich mit anderen als der militärischen Option ernsthaft zu befassen, und die Medien sind den USA darin gefolgt.

5. Exkurs: die Chronik eines angekündigten Krieges³³ (Unter Mitarbeit von Richard Zehnle)

Zehnle (1994) hat untersucht, wie die Unvermeidbarkeit eines militärischen Konfliktaustrages in der Zeit zwischen dem 17.11.1990 (Beginn der Kampagne für ein UN-Ultimatum) und dem 16.1.1991 (Kriegsbeginn) in der bundesdeutschen Presse inszeniert wurde.³⁴

Wie die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, wurde die Option eines nicht-militärischen Konfliktaustrages während des gesamten Zeitraumes grob vernachlässigt. Weder Argumente für eine diplomatische Konfliktlösung, noch Argumente dagegen spielten eine nennenswerte Rolle (vgl. Tab. 1).

Argumentationsrichtung	Argumentationsebene		
	moralisch	ökonomisch	effektiv.
Pro-diplomatisch	0.035	0.010	0.035
Contra-diplomatisch	0.019	0.010	0.031

Tabelle 1: Auftrittswahrscheinlichkeit von Argumenten für und wider eine diplomatische Konfliktlösung.

In der (mittels Latent-Class-Analyse³⁵ identifizierten) Mehrheit der analysierten Textpassagen spielten zwar auch Argumente für und wider einen

32 Vgl. Kapitel 8.

33 Dieser Abschnitt kann ohne Verlust der Kontinuität überblättert werden. Zum besseren Verständnis der darin angewendeten Untersuchungsmethoden wird das vorherige Studium von Kapitel 2 empfohlen.

34 Gegenstand der Untersuchung war eine repräsentative Auswahl von Berichten, Kommentaren und Leitartikeln der fünf großen, überregionalen Tageszeitungen "Die Welt" (Welt), "Frankfurter Allgemeine" (FAZ), "Süddeutsche Zeitung" (SZ), "Frankfurter Rundschau" (FR) und "Die Tageszeitung" (taz).

35 Siehe Kapitel 2.

militärischen Konfliktaustrag keine Rolle (vgl. Tab. 2). Argumente für einen militärischen Konfliktaustrag wurden aber immerhin in 19.5% der analysierten Textpassagen vorgetragen. Argumente gegen einen militärischen Konfliktaustrag spielten in 26.1% der analysierten Textpassagen eine Rolle.

Argumentationsrichtung	Argumentationsebene		
	moralisch	ökonomisch	effektiv.
Pro-militärisch	0.042	0.024	0.025
Contra-militärisch	0.041	0.022	0.009

Tabelle 2: Auftretswahrscheinlichkeit von Argumenten für und wider einen militärischen Konfliktaustrag in der Mehrheit von 80.5% bzw. 73.9% der analysierten Textpassagen.

Pro-Argumente	Argumentationsebene		
	moralisch	ökonomisch	effektiv.
kommen nicht vor	0.670	0.915	0.929
seitens Alliiertes	0.292	0.079	0.062
seitens sonstiger	0.000	0.000	0.000
seitens des Irak	0.038	0.007	0.010
s. beider Konfliktparteien	0.000	0.000	0.000

Tabelle 3: Auftretswahrscheinlichkeit von Argumenten für einen militärischen Konfliktaustrag in der Minderheit von 19.5% der analysierten Textpassagen.

Contra-Argumente	Argumentationsebene		
	moralisch	ökonomisch	effektiv.
kommen nicht vor	0.794	0.828	0.986
seitens Alliiertes	0.008	0.010	0.004
seitens sonstiger	0.244	0.165	0.010
seitens des Irak	0.000	0.000	0.000
s. beider Konfliktparteien	0.000	0.000	0.000

Tabelle 4: Auftretswahrscheinlichkeit von Argumenten gegen einen militärischen Konfliktaustrag in der Minderheit von 26.1% der analysierten Textpassagen.

Wie aus Tab. 3 hervorgeht, wurde für einen militärischen Konfliktaustrag vor allem auf moralischer Ebene argumentiert. Dabei stammten die Argumente rund acht mal so häufig von alliierter Seite, wie von Seiten des Irak. Gegen einen militärischen Konfliktaustrag wurde sowohl auf moralischer als auch auf ökonomischer Ebene argumentiert (vgl. Tab. 4). Dabei wurde

die überwiegende Mehrheit der Argumente keiner der unmittelbar kriegführenden Parteien, sondern Außenstehenden, zugeschrieben.³⁶

Die Auftrittshäufigkeit der dargestellten Formen der Berichterstattung über Argumente für und wider diplomatische Konfliktlösungsbemühungen und/oder einen militärischen Konfliktaustrag blieb über den gesamten Untersuchungszeitraum unverändert. Dasselbe gilt auch für die Berichterstattung über militärische Positionen.

Unter Positionen versteht Zehnle (1994, S. 30) alle Informationen, "durch die eine Stellung bezogen wird zur Lösung des Konfliktes. Dies können einerseits strikte und vermeintlich endgültige Haltungen für oder gegen eine militärische Konfliktlösung, andererseits aber auch situationsabhängige, veränderliche, häufig an irgendwelche Bedingungen geknüpfte Konflikthalten sein...".

Als militärische Positionen unterschieden wurden:

- das Stellen von Bedingungen, deren Erfüllung zur Voraussetzung einer diplomatischen Konfliktlösung gemacht wird (BED);
- die Zurückweisung von Verhandlungs- bzw. Vermittlungsangeboten, oder -versuchen und/oder von Maßnahmen zur Entschärfung des Konfliktes (ZUR); sowie
- die Durchführung oder Ankündigung konfliktverschärfender Maßnahmen (VER).

Insgesamt konnten vier Formen der Thematisierung militärischer Positionen identifiziert werden, deren erste beide für 81.4% der analysierten Textpassagen charakteristisch sind und nur wenig Informationen über militärische Positionen enthalten (vgl. Tab. 5). Dabei ist Form 1 mit 61.5% der analysierten Textpassagen gut dreimal so häufig wie Form 2 anzutreffen (19.9%).

Während Form 1 am (relativ) häufigsten Verschärfungen des Konfliktes thematisiert (26.4%), von denen knapp zwei Drittel auf alliierte Urheber zurückgehen (16.8%), steht in Form 2 die Zurückweisung diplomatischer Initiativen im Vordergrund (37.5%). Dabei geht die Mehrheit der Zurückweisungen nicht etwa von einer der unmittelbar kriegführenden Parteien, sondern von Außenstehenden aus. Diesen wird auch etwa die Hälfte der Bedingungen für eine diplomatische Konfliktlösung zugeschrieben. Die andere Hälfte entfällt in Form 1 auf die Alliierten und in Form 2 vor allem auf den Irak, aber auch auf Außenstehende und zu einem geringen Anteil auf die Alliierten.

Die Formen 3 und 4 thematisieren militärische Positionen weit stärker als dies in den ersten beiden Formen der Fall war.

Dabei ist Form 3 durch konfliktverschärfende Maßnahmen (43.4%), Bedingungen für eine Verhandlungslösung (30.8%) und Zurückweisungen diplo-

36 Hierzu gezählt wurden neben neutralen Staaten (wie z.B. Österreich) auch internationale Organisationen (einschließlich der UNO), sowie am Krieg indirekt beteiligte Staaten (wie die Bundesrepublik - durch Bereitstellung von Kriegsgeschütz und Mitfinanzierung der Kriegskosten) und vom Krieg betroffene Staaten (wie Israel).

matischer Initiativen (30.6%) seitens der Alliierten geprägt. Letztere werden aber auch vom Irak (10.0%) und von Außenstehenden (9.1%) berichtet.

Form 4 lastet die Zurückweisung diplomatischer Initiativen vor allem dem Irak an (58.6%), der auch für gut zwei Drittel der berichteten Verschärfungen des Konfliktes verantwortlich gemacht wird. Bedingungen für eine Verhandlungslösung treten etwas seltener auf als in Form 3 und werden weniger dem Irak (7.1%) als den Alliierten (10.8%) und Außenstehenden (11.4%) zugeschrieben, die damit auf die Zurückweisung diplomatischer Initiativen und die Verschärfung des Konfliktes durch den Irak antworten.

g	P _g	Militärische Positionen	BED	ZUR	VER
1	0.615	kommen nicht vor	0.897	0.937	0.736
		seitens Alliiierter	0.052	0.000	0.168
		seitens sonstiger	0.050	0.063	0.038
		seitens des Irak	0.000	0.001	0.044
		s. beider Konfliktparteien	0.000	0.000	0.014
2	0.199	kommen nicht vor	0.835	0.625	0.997
		seitens Alliiierter	0.014	0.161	0.003
		seitens sonstiger	0.089	0.212	0.000
		seitens des Irak	0.061	0.000	0.000
		s. beider Konfliktparteien	0.000	0.002	0.000
3	0.108	kommen nicht vor	0.631	0.494	0.547
		seitens Alliiierter	0.308	0.306	0.434
		seitens sonstiger	0.061	0.010	0.019
		seitens des Irak	0.000	0.100	0.000
		s. beider Konfliktparteien	0.000	0.091	0.000
4	0.077	kommen nicht vor	0.700	0.238	0.694
		seitens Alliiierter	0.108	0.024	0.048
		seitens sonstiger	0.114	0.048	0.019
		seitens des Irak	0.071	0.586	0.222
		s. beider Konfliktparteien	0.007	0.104	0.016

Tabelle 5: Formen der Thematisierung militärischer Positionen.

Wie die Ereignisse in den letzten Wochen vor Beginn der Luftangriffe auf Bagdad zur Chronik eines angekündigten Krieges wurden, wird anhand der diplomatischen Positionen am deutlichsten (vgl. Tab. 6). Vermittlungsbemühungen (MIT), Signalisierung von Verhandlungsbereitschaft (BER) und den Konflikt entschärfende Maßnahmen (ENT) spielen in der überwiegenden Mehrheit (94.0%) der analysierten Textpassagen (Form 1) so gut wie keinerlei Rolle mehr. Lediglich über Vermittlungsangebote seitens Dritter wird gelegentlich berichtet (19.7%).

Nur eine Minderheit von ganzen 6% der analysierten Textpassagen (Form 2) thematisiert diplomatische Positionen, die vor allem in konfliktentschärfenden Maßnahmen seitens des Irak (48.7%) bestehen. Entschärfungen des Konfliktes seitens der Alliierten werden dagegen nicht mehr berichtet. Verhandlungsbereitschaft wird etwa zu gleichen Teilen seitens des Irak (14.8%) und seitens Außenstehender (12.0%) signalisiert und deutlich weniger auf

Seiten der Alliierten (4.3%), sodaß die gelegentlichen Vermittlungsversuche Dritter (16.3%) auch hier unbeachtet versiegen.

g	P _g	Diplomatische Positionen	MIT	BER	ENT
1	0.940	kommen nicht vor	0.797	0.853	0.991
		seitens Alliiertes	0.005	0.066	0.007
		seitens sonstiger	0.197	0.007	0.002
		seitens des Irak	0.001	0.033	0.000
		s. beider Konfliktparteien	0.000	0.040	0.000
2	0.060	kommen nicht vor	0.837	0.688	0.513
		seitens Alliiertes	0.000	0.043	0.000
		seitens sonstiger	0.163	0.120	0.000
		seitens des Irak	0.000	0.148	0.487
		s. beider Konfliktparteien	0.000	0.000	0.000

Tabelle 6: Formen der Thematisierung diplomatischer Positionen.

Militärische Positionen wurden damit dreimal so häufig thematisiert wie diplomatische Positionen. Während militärische Positionen seitens beider Konfliktparteien berichtet wurden, sind diplomatische Positionen seitens der Alliierten während des gesamten Untersuchungszeitraumes nicht mehr existent. Die wenigen Berichte (6%) über diplomatische Positionen des Irak nehmen mit Herannahen des Kriegsbeginnes zunehmend ab (vgl. Abb.1). Während sie in der zweiten Novemberrhälfte noch in gut 1/7 der analysierten Textpassagen enthalten waren (13.65%) sind sie in den beiden Wochen vor Kriegsbeginn so gut wie nicht mehr existent (2.84%).

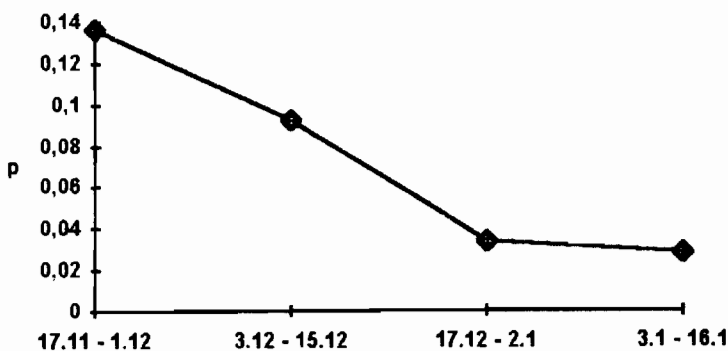


Abbildung 1: Diplomatische Positionen des Irak im Zeitverlauf.

6. Thematisierungsfunktion und Feindbildkonstruktionen

Aus den Untersuchungsergebnissen kann geschlossen werden, daß (zumindest die überregionalen) Tageszeitungen der Bundesrepublik sich in den beiden Monaten vor Kriegsbeginn (noch) nicht eindeutig auf eine Befürwortung des Krieges festgelegt hatten.

Auch im ZDF hieß es noch am Mittwoch, den 16. Januar, Saddam bereite einen heiligen Krieg vor, US-Präsident Bush bereite einen gerechten Krieg vor, aber der Krieg sei weder heilig, noch gerecht. Tags darauf, wenige Stunden nach Beginn der Bombenangriffe hatte das ZDF seine Position bereits gewendet. Der Pazifismus der Friedensdemonstranten, hieß es nun, stehe zwar in einer ehrenwerten Tradition, aber jetzt ginge es darum, Verantwortung zu übernehmen.

Gleichwohl muß den Medien zum Vorwurf gemacht werden, bereits lange vor Kriegsbeginn dazu beigetragen haben, den Blickwinkel einzuschränken und einseitig auf einen militärischen Konfliktaustrag hin zu fixieren. Indem Medien bestimmte Ereignisse aufgreifen, machen sie diese (und nur diese) zu einem öffentlichen Thema, während andere unthematisiert bleiben. Die Medien vermitteln damit der Öffentlichkeit zwar "not what to think, but what about to think" (Cohen, 1964, zit.n. Erbring, 1989, S. 302). In der Agenda-Setting-Forschung hat man dafür den Begriff der "Thematisierungsfunktion" geprägt. In den beiden Monaten vor Kriegsbeginn kam diese Thematisierungsfunktion eindeutig zugunsten der militärischen Option zum Tragen:

- während Argumente für und wider einen militärischen Konfliktaustrag in rund einem Fünftel (19.5%) bzw. einem Viertel (26.1%) der analysierten Textpassagen auftauchten, spielten Argumente für und wider eine diplomatische Konfliktlösung während des gesamten Untersuchungszeitraumes keine Rolle;
- während militärische Positionen in fast einem Fünftel der analysierten Textpassagen (18.5%) thematisiert wurden, wurde über diplomatische Positionen lediglich in 6% der untersuchten Textpassagen berichtet; und
- während die Dichte der Thematisierung militärischer Positionen über den gesamten Untersuchungszeitraum konstant hoch war, sank die Thematisierungsdichte diplomatischer Positionen von zunächst noch 13.65% in den letzten beiden Novemberwochen auf nur noch 2.84% in den beiden Wochen vor Kriegsbeginn.

Eine ähnliche Einengung des Blickwinkels auf einen militärischen Konfliktaustrag findet sich auch in der Berichterstattung über die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die den Kriegsresolutionen deutlich stärkeres Augenmerk schenkte. Wie Meder (1993) zeigte,³⁷

37 Siehe Kapitel 8. Unter "Kriegsresolutionen" versteht Meder dabei solche Resolutionen, welche insofern eine Eskalation in Richtung auf eine militärische Intervention vornahmen, als sie eine schrittweise Abarbeitung des Kataloges

- wurde über den Inhalt von Kriegsresolutionen fast immer irgendwie geschrieben - sei es umfassend, informativ und differenziert, oder selektiv, widersprüchlich und einseitig, oder sei es auch nur in einem Telegrammstil;
- der Inhalt von Nicht-Kriegsresolutionen wurde dagegen nicht selten zur Gänze ignoriert und als nicht berichtenswert erachtet.

Bezüglich der Hervorhebung und Auffälligkeit der Berichte zeigten sich ebenfalls deutliche Unterschiede. Über Kriegsresolutionen wurde

- häufiger augenfällig berichtet,
- sie fanden nur selten keine Beachtung und
- wurden auch seltener als unwichtiges Thema deplaziert

als dies bei Nicht-Kriegsresolutionen der Fall war.

Während alle anderen Resolutionen im Zeichen einer Diskussion standen, die weitere Verschärfungen propagierte, war dies nur bei zwei Resolutionen nicht der Fall: bei Resolution 665 (Seeblockade) und Resolution 678 (Ultimatum). Bei beiden Resolutionen war der zum jeweiligen Zeitpunkt gegebene Spielraum für eine schärfere Gangart im Konflikt mit dem Irak bereits voll ausgereizt worden.

Wie sehr die gesamte Berichterstattung über den Golfkonflikt auf eine militärische Konfrontation mit dem Irak ausgerichtet war, zeigt auch der Wandel der Berichterstattung vom iranisch-irakischen Krieg (1980-1988) zum Golfkrieg (1990-1991). Wie Palmbach (1992) zeigte,³⁸ fand im Golfkrieg sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Veränderung der Berichterstattung statt, die sich u.a.

- in einer umfangreicheren Berichterstattung und
- in einer zunehmenden Konzentration der Berichterstattung auf Saddam Hussein

äußerte. Außerdem wurde häufiger ein diffamierender Berichterstattungsstil an den Tag gelegt.

Dabei scheint das Interesse der Medien zu Beginn beider Kriege noch annähernd gleich gewesen zu sein. Während der iran-irakische Krieg dann aber zunehmend aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verschwand, wurde der Leser in der Golfkrise 1990-1991 mit einer nie dagewesenen Informationsflut überhäuft. Während im iranisch-irakischen Krieg aus der sicheren Distanz der Unbeteiligten auf die Kriegsparteien geblickt wurde, war diese Distanz im Golfkrieg 1990-1991 schon sehr bald nicht mehr gegeben.

Wie rasch sich die Medien dabei auf die Seite der Alliierten schlugen, geht aus einem Bericht von Ludes & Schütte (1991c, S.8) hervor:

"Am 02. August 1990 wurde Saddam Hussein z.B. in heute noch irakischer Präsident genannt. Im Kommentar dieser Sendung von Klaus-Dieter Schulz-Vorbach begann die später übliche Charakterisierung als 'starker Mann des Irak', der 'gefährlich' sei, über die Nennung 'Saddam Hussein' und 'Saddam' - ohne Anführung des Präsidententitels. In der Sendung vom 07. August 1990

von Maßnahmen darstellten, die laut UN-Charta einer militärischen Intervention vorauszugehen haben.

38 Siehe Kapitel 4.

war dann nur noch die Rede von 'Saddam Hussein'. Diese schnelle Veränderung der 'offiziellen' Bezeichnung war wohl ein wichtiger Schritt bei der extremen Personalisierung und bei der Unterscheidung der seitdem nicht mehr als möglicherweise legitim oder legal akzeptierten Position des irakischen Präsidenten im Vergleich zur Position des Präsidenten der USA, die im Einklang mit dem UN-Weltsicherheitsrat war".

Dieser Prozeß ging allerdings nicht in allen Medien gleich rasch vonstatten. FAZ und taz machten im iran-irakischen Krieg (relativ gesehen) sogar häufiger von einer diffamierenden Darstellung des irakischen Präsidenten Gebrauch. Infolge der auch in FAZ und taz stattfindenden Personalisierung des Konfliktes kommen abfällige Darstellungen Saddam Husseins aber auch in diesen beiden Zeitungen (absolut betrachtet) häufiger vor.

Deutliche Unterschiede zwischen FAZ und taz lassen sich anhand einer vergleichende Untersuchung der Karikaturen aufzeigen, welche in den beiden Zeitungen zum Golfkrieg erschienen sind.

Laut Scholz (1993) wurde die Invasion des Irak in Kuwait zwischen dem 2.8.90 und dem 8.8.90 in der FAZ mit vier Karikaturen kommentiert. Darin wird der Konflikt auf die Person Saddam Husseins reduziert, und dieser mittels brandmarkender Portraitkarikatur als Wahnsinniger, Tier oder Monster diffamiert, von dem weitere aggressive Handlungen auszugehen drohen.

Am 4.4.91 wird Saddam Hussein in der FAZ dann als Phönix dargestellt, der aus der Asche der Ruinen emporwächst und durch Fledermausflügel zum draculaartigen Vampir mutiert. Er hält einen gefangenen Kurden und einen Shiiten am Schlafittchen gepackt, um triumphierend zu demonstrieren, daß die Aufstände niedergeschlagen sind.

"Klingt hierbei zum erstenmal in einer FAZ-Karikatur indirekte Kritik an den USA an, so fällt umgekehrt in der taz auf, daß am 5.4. Saddam Hussein erstmals als blutrünstiges Monster dargestellt wird" (Scholz, 1993, S.72f).

Wie Palmbach (1992) zeigt, ist die insgesamt abfälligere Berichterstattung über Saddam Hussein im 2. Golfkrieg dabei unabhängig von den Ereignissen, über welche berichtet wird. Sie hat nichts mit der Empörung über jetzt bekannt werdende Völkerrechtsvergehen zu tun, sondern es wird pauschal ein abfälligeres Bild gezeichnet. Wenn die taz jetzt - nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes - ihr Feindbild verschärft, so hat dies ganz wesentlich mit den Irritationen zu tun, welche der Nachkrieg (Kurdenverfolgung) für die Friedensbewegung bedeutet hat.

Einen Eindruck davon, welche Wirkung das plötzlich erwachte Weltinteresse an den Kurden und die damit einhergehende Anprangerung der Friedensbewegung ausgeübt hat, gibt das Beispiel des österreichischen Rüstungskonversionsforschers und Nationalratsabgeordneten der Grünen, Peter Pilz. An ihm wird deutlich, wie erfolgreich die Funktionalisierung der Kurden zum Zwecke der Demoralisierung der Friedensbewegung (nicht nur in der Bundesrepublik) gewesen ist und wie sehr es ihr gelungen ist, das Denken - selbst der Opposition gegen den Krieg - auf die militärische Logik einzuengen. So sehr, daß Pilz als ein führendes Mitglied der österreichischen Friedensbewegung die USA in einer Rede vor dem österreichischen

Nationalrat während der Osterwoche 1991 händeringend darum gebeten hat, zum Schutze der Kurden, die Kampfhandlungen gegen den Irak wieder aufzunehmen.³⁹

In welcher Weise die Medien dazu beigetragen haben, den Widerstand der Friedensbewegung zu schwächen und den Krieg wieder als Mittel der Politik erscheinen zu lassen, geht aus einer Untersuchung von Liegl (1993) hervor, welche die bundesdeutsche Presseberichterstattung über die Friedensbewegung in den Monaten Januar und Februar 1991 zum Gegenstand hatte.⁴⁰

Wie die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, wurde die von der Friedensbewegung intendierte Diskussion über die Legitimation des Krieges weitgehend vermieden, während die Bewertung der Friedensbewegung selbst durch Informationsmangel kontrolliert und für eigene Interpretationsangebote der Medien offen gehalten wurde. Hintergrundinformationen zu den Aktionen der Friedensbewegung waren äußerst selten zu bekommen und in einem Drittel der analysierten Textpassagen wurde von manipulativen Strategien Gebrauch gemacht. Durch Themenverschiebungen in Richtung auf Gewalt und Strafbarkeit der Aktionen der Friedensbewegung war man offensichtlich bestrebt, die soziale Bewegung zu diskreditieren und ihre Legitimität in Frage zu stellen.

Gleichzeitig wurde über die Verwendung zweiseitiger Argumentationen der Eindruck von argumentativer Fairneß erweckt, der sich jedoch als trügerisch herausstellt, wenn die gegnerischen Argumente im Sinne der Überredungsabsicht entkräftet wurden. Dazu wurden die Argumente der Friedensbewegung durch ihre Verbindung mit jenen Aspekten des Protestes abgeschwächt, welche die erhobenen Vorwürfe rechtfertigen sollten. Eigene Argumentationen wurden dagegen nur sehr unkritisch dargestellt: nur wenige Verneinungen stellten sie in Frage. Die Argumente für den Krieg bezogen ihre Berechtigung hauptsächlich aus den Vorwürfen, welche gegen die Friedensbewegung erhoben wurden.

Um die Stimmung der Öffentlichkeit für den Krieg einzunehmen, fand eine sorgfältige Sprachregelung statt, für welche Zicklin (1991, S.234) als Beispiel anführt, "daß das Wort 'Begleitschaden' benutzt wird, wenn Zivilisten im Lande des Feindes getötet werden. Von 'Terroranschlägen' hingegen wird gesprochen, wenn Zivilisten in einem verbündeten Land getötet werden".

Ziel solcher Sprachregelungen ist es, die Schrecken des Krieges unkenntlich zu machen und die Verabscheuungswürdigkeit des Feindes hervorzuheben. Um dem entgegenzuwirken, haben Vincent & Galtung (1993, S. 198f) u.a. gefordert, daß eine personalisierte Darstellung des Krieges präsentiert werden sollte:

"Human-Interest-Stories über Menschen, die normalerweise nicht im Scheinwerferlicht stehen. Ob sie nun Opfer oder unbeteiligte Beobachter sind, ihr

39 Dabei ist Peter Pilz nicht etwa zu den Bellizisten übergelaufen, sondern versteht sich auch heute noch als Vertreter der Friedensbewegung.

40 Siehe Kapitel 7.

Leben wird durch den Krieg in Unordnung gebracht. Vielleicht sind es Menschen, die wegen des Krieges zu wenig Nahrung oder Schutz haben. Vielleicht sind es Familien, die damit fertig werden müssen, daß Familienmitglieder einberufen werden oder daß Ehepartner, Söhne und Väter sterben. Vielleicht sind es auch kleine Kinder, die zu Waisen werden, weil der Krieg zu ihnen nach Hause kam, ein Krieg, für den sie noch zu klein sind, ihn zu verstehen, aber mit Konsequenzen, die nur zu real sind. Solche Geschichten ermöglichen den Journalisten, über die formale und antiseptische Berichterstattung offizieller Angaben hinauszugehen. Solche Kriegsnachrichten bieten emotionale Bezugspunkte: Kriegserfahrungen können von allen nachgefühlt werden, Kriegsgeschehnisse bekommen plötzlich Gesichter, der Krieg ist nicht mehr länger ein unbestimmtes Ereignis in irgendeinem fernen Land".

Wie aus einer Untersuchung von Kempf & Reimann (1993) hervorgeht,⁴¹ kann das Problem allerdings nicht darin gesehen werden, daß es in der Golfkriegsberichterstattung an Human-Interest-Stories gemangelt hätte. Das Problem liegt vielmehr in der Verwendungsweise solcher emotionaler Bezugspunkte zum Zwecke der Feindbildproduktion, welche die berechtigte Empörung über den Krieg in eine kriegsfördernde Empörung über den Feind ummünzt. Ob sich solche manipulative Strategien einfach umkehren lassen, erscheint mehr als zweifelhaft.

7. Schluß

Das Verhängnis der Golfkriegsberichterstattung bestand darin, daß der Krieg in erster Linie aus dem Blickwinkel der USA konzipiert, beurteilt und wiedergegeben wurde. "Damit wurde die Beobachterperspektive journalistischer Berichterstattung - wie stark auch immer ohnehin schon eingeschränkt - verlassen und die Perspektive einer kriegführenden Macht ganz übernommen" (Ludes & Schütte, 1991c, S.6).

Schon "der Countdown-Journalismus ('Noch...Stunden') in den Tagen vor dem Ablauf des UN-Ultimatums provozierte eine psychische Anspannung, eine dramatische Struktur, die zur quälenden Lust führte, daß man den Beginn der kriegerischen Auseinandersetzung fast mit Erleichterung aufnahm. 'Die Unerträgliche Anspannung' - so Rupert Eser im ARD/ZDF-Frühstücksfernsehen am Donnerstag um 8.25 Uhr - ist einer brutalen Klarheit gewichen" (Schuwerack, 1991, S.233). Doch eben jene Klarheit stellte sich nicht ein. Die Weltöffentlichkeit bekam nur einen unglaublich begrenzten und antiseptischen Ausschnitt des Krieges sehen.

"Man hatte dafür gesorgt, daß die Medien draußen blieben. Sogar die Videoaufnahmen der Bordkameras, mit denen die Angriffe aufgezeichnet wurden, stellten die Wirklichkeit verzerrt dar, wenn sie veröffentlicht wurden. In den meisten Fällen wurde der O-Ton herausgenommen, damit man den Piloten ihre Nervosität nicht anmerkte... Von der typischen Hyperventilation der Piloten, wenn sie den Druck ihrer Kampfanzüge und ihre Angst beim Angriff ertragen mußten, würde das Publikum nichts erfahren" Woodward (1991, S. 531).

41 Siehe Kapitel 5.

Und: "von der Angst und dem Tod der Opfer auch nichts", wie Ludes & Schütte (1991c, S.11) hinzufügen.

Was blieb, war die Faszination einer inszenierten Bilderwelt, die mensch gefangennahm, sein Informationsbedürfnis aber nicht zu befriedigen vermochte.

Haller (1991, S.101) berichtet über eine Umfrage des Stuttgarter Soziologen Franz Willich unter 20 Studenten die während der sechs Kriegswochen mindestens 120 Stunden vor dem Fernseher zugebracht hatten. 3 Monate nach Kriegsende danach befragt "Weche Bilder fallen dir ein, wenn du an den Golfkrieg zurückdenkst?" ist den meisten nur eine Bildsequenz im Gedächtnis haften geblieben. "Sie erinnerten sich ganz genau an den in der ersten Kriegswoche gezeigten Videofilm der Amerikaner, der durch ein Fadenkreuz hindurch den Zielflug einer lasergesteuerten Bombe vorführt: zentimetergenau trifft das Projektil ins Ziel".

Eine Wiederholung dieses kleinen Experimentes, drei Jahre nach Kriegsende, in einer Arbeitsgruppe Konstanzer Friedensaktivisten brachte weitgehend dasselbe Ergebnis.⁴² Auch hier war es dieser Zielflug einer lasergesteuerten Bombe, der den meisten der Teilnehmer in Erinnerung geblieben war. An zweiter Stelle folgten die Nachtaufnahmen vom Bombardement Bagdads. Lichtblitze, die an ein Feuerwerk erinnerten, die mensch aber nicht recht einzuordnen vermochte, was sie denn eigentlich zeigten: Explosionen alliierter Bomben oder das Feuer der irakischen Luftabwehr.

Einen der Teilnehmer erinnerte die Szene an die von Virilio (1986, S.171) zitierte Darstellung des Luftangriffs auf Berlin vom 22. November 1943, in den Erinnerungen von Albert Speer:

"Die Angriffe auf Berlin boten vom Flakturm aus ein unvergeßliches Bild, und es bedurfte eines ständigen Zurückrufens in die grausame Wirklichkeit, um sich nicht von diesem Bild faszinieren zu lassen: die Illumination der Leuchtfallschirme, von den Berlinern 'Weihnachtsbäume' genannt, gefolgt von Explosionsblitzen, die sich in Brandwolken verfangen, unzählige suchende Scheinwerfer, das aufregende Spiel, wenn ein Flugzeug erfaßt war und sich dem Lichtkegel zu entwinden suchte, eine sekundenlange Brandfackel, wenn es getroffen wurde: die Apokalypse bot ein grandioses Schauspiel".

Bereitet das "Zurückrufen in die grausame Wirklichkeit" schon dem unmittelbar Beteiligten "vom Flakturm aus" sichtliche Mühe, so geht der Realitätsbezug aus der Distanz des Medienkonsumenten endgültig verloren. Der Krieg wird zu einem Fiebertraum, in dem mensch selbst bei bewußter Anstrengung kaum noch festen Boden unter den Füßen zu finden vermag.

42 Auf der von der Konstanzer Friedensinitiative veranstalteten Tagung "Bundeswehr ist out of area" am 5. März 1994.